**Suchlauf für Mobilfunk-Sendeanlagen der Deutschen Telekom AG, Ortsteile Erdmannsweiler und Neuhausen
-Beratung und Beschlussfassung über eine Standortempfehlung im Beteiligungsverfahren nach § 7 a der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchVO) –**

I. Ausgangslage

Am 16. Oktober 2017 gingen bei der Gemeindeverwaltung zwei Suchlauf-Mitteilungen der Deutschen Telekom Technik GmbH für jeweils einen Suchkreis zur Installation einer Mobilfunkanlage in den Ortsteilen Erdmannsweiler und Neuhausen ein. Geplant sind hiernach in den unbeplanten Ortsmitten mit Standort voraussichtlich auf Hausdächern im Bereich des Kindergartens/Gewerbegebietes „Hermelesäcker“ in Erdmannsweiler bzw. auf dem Bildungshaus mit Kindergarten und Grundschule in Neuhausen jeweils eine Mobilfunkanlage mit jeweils drei Antennen für GSM-, UMTS- und LTE-Standard.

Der netzpolitische Hintergrund von entsprechenden Ausbauplänen aller drei in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Mobilfunk-Netzbetreibern (Deutsche Telekom AG, Telefonica und O 2) zur Sicherstellung einer schnellen, mobilen Breitbandversorgung ist darin zu sehen, dass die Bundesnetzagentur zur Erreichung der Breitbandversorgungsziele der Deutschen Bundesregierung bei der Versteigerung von Mobilfunklizenzen von den Netzbetreibern die Übernahme einer Versorgungsverpflichtung verlangt.

Hiernach haben die Netzbetreiber jeweils eine flächendeckende mobile Breitbandversorgung von mindestens 97 % der Haushalte in jedem Bundesland und 98 % der Haushalte bundesweit sicherzustellen. Dabei sind Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde pro Antennensektor zu erreichen. Den einzelnen Haushalten sollen im Wettbewerb der Anbieter in der Regel Übertragungsraten von 10 Megabit pro Sekunde zur Verfügung gestellt werden.

Demnach ist neben dem o.g. Suchlaufverfahren der Deutschen Telekom damit zu rechnen, dass auch die anderen Netzbetreiber in Gebieten mit unzureichender Mobilfunkabdeckung weitere Antennen-Anlagen gezielt ausbauen werden. Der Aufbau einer flächendeckenden Versorgung mit einer mobilen Kommunikationsinfrastruktur ist insoweit – ergänzend zu einer, derzeit über den Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar auch in der Gemeinde Königsfeld erfolgenden kabelgebundenen Breitbandanbindung – unabdingbar, um als Wirtschafts- und Tourismus-Standort den Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung gerecht werden zu können:

Mobiltelefonie und mobiles Internet sind für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere die Wirtschaftsunternehmen unverzichtbare Bestandteile des täglichen Lebens. Seit dem Aufkommen von Pre-Paid-Karten, von SMS-Kurznachrichten und Smartphones und dem Aufbau der UMTS-Netze ab 2002 und der LTE-Netze ab 2010 hat eine rasante Entwicklung stattgefunden. Von 2009 bis 2016

hat sich das Datenvolumen von 33 Mio. Gigabyte auf 918 Mio. Gigabyte fast verdreifacht. Nach einer Online-Studie von ARD/ZDF nutzen rund 66 % der Deutschen ein Smartphone für den Zugang zum Internet. Die hierzu notwendigen Datenübertragungsraten der Mobilfunktechnik sind vom GSM- über den UMTS- und den heutigen LTE-Standard in den Netzen ebenfalls von anfangs unter 100 kBit/Sekunde über 42 Mbit/Sekunde auf mehr als 300 Mbit/Sekunde bei LTE rasant gestiegen. Gleichzeitig erfordern immer neue Anwendungen und die rasch zunehmende Vernetzung von Maschinen (Industrie 4.0, Smart Homes, Smart Grid, Internet der Dinge, autonomes Fahren) immer größere Bandbreiten und immer geringere Signallaufzeiten. Mithin steht die nächste Entwicklungsstufe des Mobilfunks mit dem 5 G -Standard unmittelbar bevor.

Der Ausbau der digitalen Infrastrukturen und die Gestaltung einer intelligenten Mobilität sind daher im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit von herausragender gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Für Bürgerinnen und Bürger und die örtlichen Gewerbebetriebe ist ein leistungsfähiger Zugang zu mobilen Breitbanddiensten längst selbstverständlicher Teil der örtlichen Infrastruktur, weshalb die Verfügbarkeit moderner Breitbandnetze auch in unserer Gemeinde unverzichtbar geworden ist.

II. Beteiligungsverfahren nach § 7 a der 26. BImSchVO

1. Kommunale Partizipation beim Netzausbau

Trotz der hohen Akzeptanz des Mobilfunks sind hinsichtlich des konkreten Suchlaufverfahrens der Deutschen Telekom AG vom 16. Oktober 2017 mit dem Ziel der Verdichtung und Erweiterung des Netzes durch neue Senderstandorte in Erdmannsweiler und Neuhausen die **Bedenken der Anwohnerschaft** hinsichtlich der Immissionsbelastung ernst zu nehmen und im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung Standorte anzustreben, die unter Abwägung aller widerstreitenden Aspekte die **Immissionen weitestmöglich reduzieren**.

Mit dieser prioritären Zielsetzung hat die Gemeindeverwaltung mit Blick auf die seitens der Telekom im o.g. Antrag gesetzte Rückäußerungsfrist von 30 Tagen für die Benennung von Alternativstandorten zu der in den Suchkreisen vorgeschlagenen Positionierung in den Ortsmitten unverzüglich bereits am 18.10.2017 einen Antrag auf Einleitung des Beteiligungsverfahrens nach § 7 a BImSchVO und eine angemessene Fristverlängerung bis mindestens 30. März 2018 gestellt. Zugleich wurde die Bevölkerung mittels mehrfach ab dem 20. Oktober 2017 wiederholten Veröffentlichungen im BürgerInfo/Amtsblatt der Gemeinde über das Suchlaufverfahren informiert und dazu aufgerufen, keine Pachtverträge für Antennenstandorte auf Hausdächern im Innenbereich der Ortsteile abzuschließen.

Bei den Beratungen des Suchlaufantrags in den Sitzungen des Gemeinderates am 08. November 2017, im Ausschuss für Umwelt, Technik, Wirtschaft und Verkehr am 22. November 2017 und in den öffentlichen Ortschaftsratssitzungen in Neuhausen am 16. November 2017 und in Erdmannsweiler am 27. November 2017 wurde einhellig beschlossen, zur Wahrnehmung der kommunalen Beteiligungsrechte zur Erarbeitung von Empfehlungen für Standortalternativen ein sog. **„Dialogorientiertes Moderationsverfahren“** im Rahmen eines „Runden Tisches“ durchzuführen.

Dieses Vorgehen entspricht der Grundsatzentscheidung des Gemeinderates vom 18. Februar 2009 (**vgl. GR-Drucksache 1/2009**), wonach die Gemeinde Königsfeld als Verfahren der Mobilfunk-Vorsorgeplanung im Interesse der Minimierung der Strahlenbelastung für die Bevölkerung, einer Bündelung von Mobilfunksendeanlagen möglichst im wohngebietfernen Außenbereich und einer weitestmöglichen, vertraglichen Einflußnahme der Gemeinde auf eigenen Grundstücken auch künftig das dialogorientierte Moderationsverfahren nach der „Verbändevereinbarung“ der kommunalen Spitzenverbände mit den Mobilfunknetzbetreibern anwendet.

Diese Verbändevereinbarung wurde 2013 im § 7 a der 26. BImSchVO festgeschrieben. Ziel ist hierbei ein frühzeitiger Informationsaustausch und eine möglichst einvernehmliche Standortfestlegung. Der Kommune steht jedoch insoweit **kein Entscheidungsrecht**, sondern lediglich die Möglichkeit zu, gegenüber dem antragstellenden Netzbetreiber **Empfehlungen für Alternativstandorte** vorzuschlagen, die bei der Entscheidungsfindung des Netzbetreibers zu berücksichtigen sind.

Dies setzt jedoch voraus, dass die Standorte **funktechnisch geeignet** sind, **sich in die vorhandene Netzstruktur einfügen** und **wirtschaftlich umsetzbar** sind. Hohe Bedeutung hat auch die **Anbindung des Standortes an das Festnetz**, über das die großen Datenmengen weitertransportiert werden. Neben der **Einhaltung der bau- und immissionsrechtlichen** Vorschriften ist auch die **Zustimmung des Eigentümers** zu den geplanten Baumaßnahmen erforderlich.

2. Zielsetzungen

Ergänzend zu der o.g. prioritären Zielsetzung einer **weitestmöglichen Immissionsreduzierung** strebte die Gemeinde hierbei an, im Interesse einer **Bündelung** potentieller, weiterer Anlagen möglichst nur **einen Standort im Außenbereich** zu finden, welcher **nicht nur die deutschen Grenzwerte der 26. BImSchVO**, sondern **zusätzlich, im Interesse des Gesundheitsschutzes** die wesentlich **strengereren Vorsorgewerte der Schweiz und Österreichs** einhalten soll.

Unter Beachtung dieser anspruchsvollen Zielsetzungen der Kommune und der o.g. Vorgaben des § 7 a der 26. BImSchVO galt es, einen **Kompromissvorschlag** zu finden, bei dem sich Grundstückseigentümer im **Außenbereich** zum Eintritt in Pachtvertragsverhandlungen mit der Antragstellerin bereitfinden. Denn bei einem Scheitern dieser Bemühungen und damit des Beteiligungsverfahrens steht es der Antragstellerin frei, die Aquisition von Standorten im Innenbereich von Erdmannsweiler bzw. Neuhausen wieder aufzunehmen:

Sollte sich nämlich ein Grundstückseigentümer im **unbeplanten Innenbereich** der Ortsmitte bereitfinden, einen Pachtvertrag abzuschließen, wären die Antennenanlagen bis 10 Meter Höhe auf Dächern **verfahrensfrei**, d.h. bedürfen keiner Genehmigung durch die Gemeinde. Lediglich im Allgemeinen und im Reinen Wohngebiet bedarf es des gemeindlichen Einvernehmens, welches sie aber nur aus städtebaulichen Gründen, nicht aber aus Gründen des präventiven Gesundheitsschutzes verweigern darf.

III. Verfahrensmodalitäten und – gang

1. Besetzung

Um die **Abwägung mobilfunkkritischer Argumentationen** in den Beratungen des „Runden Tisches“ sicherzustellen, wurden bei der Sitzverteilung von Anfang an je zwei Vertreter der Umweltverbände BUND und Diagnose Funk e.V. (letztere bis 12. April 2018) sowie seit dem 06. Juni 2018 zudem zwei Vertreter der zwischenzeitlich gegründeten Bürgerinitiative „Besorgte Bürger Königsfeld“ berücksichtigt.

Zudem waren am „Runden Tisch“ je zwei Vertreter der Ortschaftsräte Erdmannsweiler und Neuhausen, je ein Vertreter der vier im Gemeinderat vertretenen Wahlvorschläge, der Bürgermeister und die Deutsche Telekom AG als Antragstellerin beteiligt.

Entsprechend der Beschlussfassung im Gemeinderat wurde seitens der Gemeinde zudem im Interesse einer objektiven Beratung und Begutachtung der Immissions-situation und der Standortalternativen ein **öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Elektromagnetische Umweltverträglichkeit**, Herr Dr. Gritsch vom TÜV SÜD, beauftragt.

2. Rechtsnatur, nicht-öffentliche Vorberatung und Bürgerinformation

Beim „Runden Tisch“ handelt es sich gemäß § 41 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung (GemO) um einen **beratenden ad-hoc-Ausschuss** des Gemeinderates zur **Vorberatung** eines einzelnen Verhandlungsgegenstandes, hier des Suchlaufes für die Mobilfunkstandorte in Erdmannsweiler und Neuhausen. Nach § 41 Abs. 3 i.V.m. § 39 Abs. 5 Satz 2 GemO können solche Vorberatungen öffentlich oder nicht-öffentlich stattfinden. Nach § 39 Abs. 5 Satz 3 GemO muss bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 35 Abs. 1 Satz 2 GemO nicht-öffentlich verhandelt werden. Das ist der Fall, wenn dies aus Gründen des öffentlichen Wohls oder wegen berechtigter Interessen einzelner angezeigt ist:

Die nicht-öffentlichen Sitzungen des „Runden Tisches“ dienen der vertraulichen Sondierung von möglichen Alternativstandorten für Mobilfunk-Sendeanlagen außerhalb der geschlossenen Ortslagen von Erdmannsweiler und Neuhausen im sog. „Außenbereich“. Damit sind bei den betroffenen Grundstückseigentümern unmittelbar berechnete Interessen einzelner im Sinne des Gesetzes betroffen, so dass schon aus diesem Grund nicht-öffentlich beraten werden musste. Des Weiteren war auch aus Gründen des öffentlichen Wohls eine zunächst vertrauliche Beratung der fraglichen Alternativstandorte notwendig, um keine Irritationen und Halbwahrheiten über evtl. gar nicht zum Tragen kommende Standorte im Rahmen eines ergebnisoffenen Suchlaufverfahrens zu provozieren und die Bevölkerung nicht zu verunsichern.

Vor diesem Hintergrund waren die nicht-öffentlichen Verhandlungen im Rahmen des „Runden Tisches“ von allen Teilnehmern vertraulich zu behandeln und unterlagen der Verschwiegenheitspflicht. Die (konkludente) Entbindung der Teilnehmer von dieser Verschwiegenheitspflicht erfolgte schließlich durch die von Anfang an geplante **Informationsveranstaltung für die Bevölkerung im Haus des Gastes** am 26. Juni 2018, da dort öffentlich über die Ergebnisse der Beratungen am „Runden Tisch“ berichtet wurde.

3. Inhalt der Beratungen und Standort-Empfehlung

Der Verlauf der mithin nicht mehr vertraulichen Beratungen in den drei Sitzungen des „Runden Tisches“ am 15. Februar, 12. April und 06. Juni 2018 kann im Detail den als **Anlagen 1, 2 und 3** beigefügten Protokollen entnommen und wie folgt zusammengefasst werden:

- Neben den **vorhandenen Maststandorten** in Königsfeld und Niederschach-Fischbach wurden insgesamt **vier potentiell geeignete Alternativ-Standorte** im Außenbereich mit den von der Antragstellerin im Innenbereich geplanten Standorten gutachterlich untersucht und detailliert unter Abwägung aller relevanten Gesichtspunkte auf ihre Realisierbarkeit bewertet.
- Die Verwaltung führte Verhandlungen mit insgesamt **18 Grundeigentümern**, deren Parzellen im potentiellen Zielgebiet liegen, von denen sich dankenswerterweise zwei mit insgesamt drei Flurstück-Nummern zu Vertragsverhandlungen bereit erklärt haben.
- Es erfolgte eine **umfassende Prüfung und Erörterung** aller, von den Umweltverbänden eingebrachten Bedenken und Forderungen auf der Basis des **derzeitigen Kenntnisstandes in Wissenschaft und Forschung**.

Die einzelnen Prüfungsgegenstände können den beigefügten gutachterlichen Stellungnahmen bzw. Schriftsätzen entnommen werden (z.B. Sicherheit der Grenzwerte/**Anlage 4**; Betroffenheit von Milch- und Jungviehställen/**Anlage 5**; Vorsorgewerte des BUND/**Anlage 6**; Vorsorgeplan der „Besorgten Bürger Königsfelds“/**Anlage 7**; Haftungsfragen/**Anlage 8**).

Auf der Grundlage dieser komplexen Erörterungen und des **Immissionsgutachtens Mobilfunk** mit einer zusammenfassenden Bewertung aller Alternativstandorte (vgl. **Anlage 9**), welches in der Sitzung vom Sachverständigen, Herrn Dr. Gritsch, ausführlich erläutert werden wird, hat der „Runde Tisch“ eine Realisierung der **Standort-alternative 1** als **Idealvariante** empfohlen, bei der selbst im Falle einer potentiellen Bündelung aller drei Mobilfunk-Netzbetreiber die deutschen Grenzwerte der 26. BImSchVO und zusätzlich die Vorsorgewerte der Schweiz und Österreichs eingehalten werden können.

4. Weiteres Verfahren

Sollten sich die Ortschaftsräte Erdmannsweiler und Neuhausen sowie der Gemeinderat in der heutigen Sitzung dieser Empfehlung anschließen, wäre dieser Vorschlag als Empfehlung der Gemeinde an die Antragstellerin zu übermitteln. Diese prüft anschließend die technische, bauliche und ökonomische Realisierbarkeit aus ihrer Sicht und tritt in Vertragsverhandlungen zum Abschluss eines Pachtvertrages mit dem Grundstückseigentümer ein. Sollten auch diese erfolgreich abgeschlossen werden können, ist voraussichtlich frühestens Ende 2019/2020 mit einem Bau des Mobilfunk-Sendemastens zu rechnen.

B e s c h l u s s v o r s c h l a g :

1. Im Suchlauf-Verfahren für Mobilfunk-Sendeanlagen der Deutschen Telekom AG für die Ortsteile Erdmannsweiler und Neuhausen (Suchkreise SY8934 bzw. SY8935) wird als Ergebnis des Beteiligungsverfahrens nach § 7 a der 26. BImSchVO als Standort-Alternative für einen Mobilfunk-Sendemasten das Flurstück-Nr. 525, Gemarkung Königsfeld-Neuhausen, mit einer Antennenhöhe (Unterkante) von 28 Metern empfohlen.
2. Die bauliche Ausführung soll im Interesse des Landschaftsbildes als Gittermasten entsprechend den vorgelegten Visualisierungen zu erfolgen. Der Fuß des Gittermastens soll im Einvernehmen mit dem Naturschutzbeauftragten und der Gemeinde eingegrünt werden.
3. Eine technische Modifikation der Sendeanlagen oder eine aus Sicht der Gemeinde im Interesse der Immissionsminimierung anzustrebende Bündelung weiterer Sendeanlagen der Antragstellerin bzw. anderer Netzbetreiber auf diesem Sendemasten soll nur unter nachzuweisender Einhaltung der deutschen Grenzwerte der 26. BImSchVO sowie der Vorsorgewerte der Schweiz und Österreichs erfolgen und soll der jeweiligen ausdrücklichen Zustimmung des Verpächters im Einvernehmen mit der Gemeinde bedürfen.
4. Im Rahmen der einzuleitenden Pachtvertragsverhandlungen mit dem Grundstückseigentümer soll sich die Antragstellerin zur Unterverpachtung an Dritte mit Zustimmung des Verpächters im Einvernehmen mit der Gemeinde bereit erklären.

Königsfeld im Schwarzwald, den 16. Juli 2018

Fritz Link,
Bürgermeister

Anlagen: 9